

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 8 Uhr. Bezugspreis wird monatlich beigefügt. Bestellungen nehmen alle Postämter und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Torgauerstr. 3, entgegen. In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einseitig, Umzugssteuer, Schmiergeld und tabellarischer Satz mit Aufschlag. Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburggebäude.

Nr. 67.

Donnerstag, den 5. Juni 1930.

33. Jahrg.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Reichspräsident von Hindenburg hat Berlin verlassen und einen kurzen Aufenthalt in Potsdam genommen.
* Zwischen Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen werden Verhandlungen geführt zwecks Entlassung der Preise und der Löhne. Die Verhandlungen sollen einen günstigen Verlauf nehmen und kurz nach Pfingsten abgeschlossen werden.

* Der englische Luftfahrtminister hielt im Oberhaus eine Rede, in der er dem „Grand Zeppelin“ und seinem Führer Dr. Goerner großes Lob spendete.
* Der italienische Außenminister erklärte, daß Italien bereit sei, seine Kolonialansprüche einzuzwängen, wenn Frankreich das gleiche täte.

Wichtige Finanzberatungen des Reichskabinetts.

Ausgabenentlastungsgesetz und Notopfer.
Mit großem Interesse sieht man in politischen Kreisen dem Ergebnis der Kabinettsberatungen entgegen, die sich mit der Sanierung des Reichshaushalts beschäftigen. Der Besprechung der Reichsregierung liegen Vorschläge des Reichsarbeitsministers Dr. Stegerwald sowie des Reichsfinanzministers Grafen Dr. Wiedemann zugrunde. Dr. Stegerwald hat in Gemeinschaft mit dem Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung einen Plan ausgearbeitet, durch den der Bedarf für die Arbeitslosenversicherung durch Verwaltungsmaßnahmen, Einsparung und Kürzung einzelner Leistungen um 240 Millionen Mark gedeckt werden soll, während 120 Millionen Mark durch Beitragsentlastung in die Kassen der Arbeitslosenversicherung fließen sollen. Die Pläne des Reichsfinanzministers sind der Öffentlichkeit noch nicht authentisch bekannt. Sie sollen im wesentlichen darauf hinauslaufen, durch das sogenannte Ausgabenentlastungsgesetz den Reichserparnisse zu bringen, andererseits durch neue Steuern, vor allem durch ein „Notopfer“ für die Heilbesoldeten den Reichshaushalt neu einzurichten.
Auf telegraphischen Einberufung sind das Reichsministerium und der Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie und der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände in Berlin zu einer gemeinsamen Sitzung zusammengetreten, in der zu dem Thema „Reichshaushalt und Arbeitslosenversicherung“ Stellung genommen werden soll.

Der Kampf gegen die Krise.

Zusammenarbeit zwischen Industrie und Gewerkschaften.
Die Reichsregierung wird ihre finanzpolitischen Beratungen am Donnerstag fortsetzen, nachdem sie sich bisher mit der Revision der Arbeitslosenversicherung, wie sie ihr vom Reichsarbeitsminister vorgelegt worden ist, zu befassen erklärt hat. Auch über die Deckungsvorschläge zum Reichshaushalt ist man sich innerhalb des Kabinetts einig geworden. Wie diese Deckungsvorschläge aussehen sollen, darüber billigt die Regierung vorläufig noch in Stillschweigen.
Die größte Beachtung haben neben diesen Beratungen der Reichsregierung die Besprechungen gefunden, die führende Wirtschaftsverbände zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise in den letzten Tagen geführt haben. Man erzählt dabei, daß an der Konferenz des Reichsverbandes der deutschen Industrie und der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände in Berlin auch Führer der Gewerkschaften teilgenommen haben. Im Mittelpunkt der Erörterungen der industriellen Verbände soll der Versuch stehen, zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einer Verständigung über Maßnahmen zur Überwindung der Wirtschaftskrise zu kommen. Es ist hierbei an einen Kofen- und Preisabbaubund, wobei allerdings der Arbeitnehmer die Arbeitslosenversicherung wie der Notopfer gefordert werden soll. Die Verhandlungen zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind noch nicht zum endgültigen Abschluß gekommen und sollen kurz nach Pfingsten weitergeführt werden. Die Vorbereitungen für diese Gemeinschaftsarbeit der Wirtschaftskrise wurden auf Arbeitgeberseite von dem ehemaligen Reichswirtschaftsminister von Raumer, auf der Seite der Arbeitnehmer von dem Gewerkschaftsführer Grafmann, Eggert, Diez und Lemmer geführt. Die Besprechungen sollen übrigens einen günstigen Verlauf nehmen und, wenn nicht unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten, dürfte in den nächsten Tagen ein Abschluß erfolgen.

Auch Reichspräsident von Hindenburg ist über den Verlauf der Verhandlungen unterrichtet worden und nahm mit großer Genehmigung und Zustimmung Kenntnis von ihnen. Er versprach, sie nach Kräften zu fördern. In Berliner politischen Kreisen war im übrigen die Nachricht verbreitet, daß der Reichspräsident nach vorheriger Zustimmung mit den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer einen Brief zugunsten einer gleichzeitigen Lohn- und Preisentlastung, eines Notopfers und anderer Maßnahmen zur Befreiung der Finanznot an den Reichsfinanzminister richten würde. Der Gehalt dieses Briefes war von führenden politischen Kreisen dem Reichspräsidenten nahegelegt worden. Dieser hat allerdings ein solcher Schritt Hindenburgs unterlassen, da die ganze Angelegenheit scheinbar noch nicht spruchreif ist und man wünscht, daß der Reichspräsident nicht zu früh in den politischen Kampf eingreift.

Wie das Reich sparen will.

Aber das Ausgabenentlastungsgesetz glaubt die Reichsregierung nähere Mitteilungen bringen zu können. Danach sei darunter ein Manövergesetz zu verstehen, das eine Reihe von Einzelgesetzen umschließt. Zunächst wird dort ein

Gesetz zur Sicherung des Ganzzahls des Reiches, der Säuber und der Gemeinden genannt, worin festgelegt werden soll, daß einerseits die Ausgaben gesetzlich gebunden bleiben und andererseits die Einnahmen nur zur Schuldenaufnahme Verwendung finden sollen. Neubauten bis 1935 nur bei dringendem dienstlichen Bedarf zugelassen werden. Weiter soll ein

Gesetz zur Verminderung des behördlichen Aufwandes vorgelegt werden, das eine Verminderung der Reichsbehörden vorsieht. Eine ganze Reihe höherer Behörden des Reiches, darunter die Reichsvermögensverwaltung, das Ministerium für die besetzten Gebiete, die Reichszentrale für Seemannsdiens u. a. m., sollen teils bis zum 30. September 1930, teils bis zum 31. März 1931 aufgelöst werden. Dem sollen ferner noch eine Reihe anderer Behörden, namentlich innerhalb der Finanzverwaltung der Reichspost usw. folgen.

Besonders wichtig erscheint die Mitteilung über den Beamtenabbau. Nach den Angaben der kölnischen Zeitung sei beabsichtigt, zehn Prozent aller Referenten, Hilfsreferenten und des sonstigen Personals der Reichsministerien abzubauen, und der dann erhaltene Personalstand dürfte nicht vermindert werden. Abgebaut werden sollen auch durch ein Gesetz zur Veränderung der beamteten Vorrichtungen ab 1931.

Die britischen Zuschläge jährlich um 1 Prozent bis zu ihrer völligen Beseitigung. Eine einschneidende Verfügung sollen auch die Urlaube der Beamten in Reich, Ländern, Gemeinden und bei der Reichsanstalt erfahren. Auch die Kündigung verbeamteter weiblicher Reichsbeamter soll wieder plattgetrieben unter Zahlung einer Abfindungssumme von höchstens einem Jahresgehalt. Die Altersgrenze wird auf 68 Jahre hinaufgehoben.
Schließlich soll noch ein weiteres Gesetz eine Verminderung der Zahl der Abgeordneten des Reichstages bringen — ein Abgeordneter auf 80 000 Wählerstimmen —, die Diäten werden herabgesetzt, Landgemeinden unter 3000 Einwohner dürfen besoldete Gemeindevorsteher nicht mehr anstellen.

Nachforschung der Reichsregierung.

Beschlüsse über die Arbeitslosenversicherung.
Nach amtlicher Mitteilung beschäftigte sich das Reichskabinet in seiner Nachsitzung unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers zunächst sehr eingehend mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenversicherung. Das Kabinet billigte grundsätzlich die vom Reichsarbeitsminister vorgelegenen Abänderungsbestimmungen, deren endgültige redaktionelle Festlegung am kommenden Donnerstag erfolgen soll.

Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverhandlungen.

Die vor der Kabinettsitzung begangenen Verhandlungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie über Erhöhung der Arbeitslosenbeiträge, Senkung der Gehälter und Löhne und der Preisabbaubund und die parallelen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmerorganisationen wurden nicht zu Ende geführt.

Die Ansprüche der Versorgungsberechtigten

Direktorenkonferenz der Hauptversorgungsbüro.
Im Reichsarbeitsministerium fand eine Zusammenkunft der Direktoren der Hauptversorgungsbüros statt. Minister Dr. Stegerwald führte aus, daß die Zufammenkunft die Erfordernisse mit den geplanten Änderungen des Versorgungsrechts vertraut machen sollte. Dabei handelte es sich nicht um eine Berechtigung, sondern um eine Verteilung der Ansprüche der Versorgungsberechtigten. Angesichts der bebrängten Lage der Reichsanstalt sei es nicht möglich, alle Wünsche der Versorgungsberechtigten zu erfüllen. Die Gerichte über die Aufhebung der Reichsversorgungsverwaltung und ihre Eingliederung in eine andere Organisation eilen den Forderungen voraus. Auch wurde darauf hingewiesen, daß die Verwaltungskosten der Versorgungsbehörden im Vergleich zu anderen Behörden gering seien.

Reichswehrminister und Sozialdemokratie

Der Minister will dem Abgeordneten nicht antworten.
Dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Künzler ging folgendes Schreiben des Reichswehrministeriums zu:

„Anliegen wird Ihnen ein Schreiben zurückgesandt, welches Sie dem Generalmajor von Schließer zur Überprüfung ausschändigt haben.
Mit Genehmigung des Herrn Reichswehrministers wird Ihnen auf irgenwelche mündlichen oder schriftlichen Anfragen keine Antwort erteilt werden.
Schließer dürfen sich trotzdem die sachliche Bearbeitung der Angelegenheit sofort in Angriff genommen.“

Dieser Brief wird von dem Vorwärts wie folgt kommentiert:
Die Entgegung des Ministers ist darauf zurückzuführen, daß Künzler jüngst in einer Reichstagsrede an den Beziehungen der Reichswehr zur sozialistischen Arbeiterarmee gelobt hat. Die Einteilung der Abgeordneten in solche, denen man antwortet und andere, denen man nicht antwortet, ist eine Unberheblichkeit, die gegen den Geist der Verfassung verstößt und gegen die sich zu wehren der Reichstag alle Veranlassung hat.“

Deutschland und die Komintern.

Kein Ergebnis der deutschen Verhandlung.
Sein aus Moskau gemeldet wird, hatte der sich verweigrende Außenminister Litwinow wiederum eine längere Unterredung mit dem deutschen Botschafter von Tschirch, in deren Mittelpunkt die Frage der Einmündigung der Komintern in innerschweizer Verhältnisse stand. Wie aus unterrichteter Quelle verlautet, sind die deutschen Vorstellungen, die bereits gelegentlich der Berliner Besprechungen mit dem russischen Botschafter Krestinski gleichzeitig mit zahlreichen anderen Fragen erhoben worden sind und die u. a. auch mit dem Verbot des Roten Frontkämpferbundes und mit der Tätigkeit der Internationalen Arbeiterhilfe zusammenhängen, von russischer Seite nunmehr endgültig zurückgewiesen worden. Anknüpfung ist der Ansicht, daß die russischen amtlichen Stellen mit der kommunistischen Werbung in Deutschland und mit der Tätigkeit der R. F. D. nicht das geringste zu tun haben.

Mandatskommission des Völkerbundes.

Eröffnung der außerordentlichen Tagung.
Zu nächst einigende Palästinaberatung.
Die Mandatskommission des Völkerbundes ist in Genf zusammengetreten. Als Vertreter Deutschlands nimmt zum ersten Mal Ministerialdirektor Dr. Ruppel teil. Zunächst findet eine außerordentliche Tagung statt, die ausschließlich den Urteilen in Palästina im Jahre 1929 gewidmet ist. Für die außerordentliche Tagung sind acht Tage vorgesehen, was darauf schließen läßt, daß man die palästinaischen Fragen eingehend erörtern will. An der Tagung wird der Mandatsanspruch eine Prüfung der von den Mandatsmächten vorgelegten Jahresberichte vorgenommen. Im übrigen wird sich der Mandatsanspruch mit einer Reihe von Einzelfragen beschäftigen.

Rußland wird energisch.

Eine neue Note an Polen.
Der Sowjetgesandte in Warschau, Owsjenski, übergab dem Unterstaatssekretär im polnischen Außenministerium Wlodek eine Note in der Angelegenheit des am 26. April d. J. entdeckten Versuches eines Anschläge auf die Sowjetgesandtschaft. In der Note wird das Verhalten darüber angefragt, daß die Angelegenheit von den polnischen Sicherheitsorganen noch nicht aufgearbeitet worden sei, wodurch die polnisch-sowjetischen Beziehungen ungünstig beeinflusst würden. Die Sowjetregierung fordert deshalb die polnische Regierung auf entsprechende Schritte zu unternehmen, um die Schuldigen ausfindig zu machen.

Nach kurzem, schweren Leiden entschlies ich gestern
normittag unsere liebe Mutter, Schwieger-, Groß-
und Urgroßmutter

Henriette Krüger
im Alter von 81 Jahren.

Im Namen aller Hinterbliebenen
Familie Ernst Richter.

Annaburg, den 8. Juni 1930.

Die Beerdigung findet am Freitag nachm.
8 Uhr von Schulstraße 9 aus statt.

**Maurer-, Zimmer-
und Tischlerarbeiten**

Zeichnungen und Kosten-Anschläge
kostenlos und unverbindlich.
Sichere Ausführung!

**Groß-Einkauf aller Baustoffe und
bestgepflegte Holzvorräte**
Erzeugung vom Baumstamm im Walde
bis zum Fertigprodukt ermöglichen be-
sonders günstige Preisstellung.
Fordern Sie mein Angebot, es verpflichtet
Sie zu nichts!

Wilhelm Kunze.



**Bürger-
Schützen-
Verein e. V.**

Donnerstag abend 8 1/2
Uhr findet die letzte

Bersammlung
vor dem Schützenfest, bei
Kam. Däumichen statt. Alle
erfahren. Der Vorstand.

Zum Betrieb eines
schon längst erwarteten

Massenartikels
der ständig nachbezogen
wird, werden

Unter-Vertreter
auch Damen, gesucht.
Wochen-Bericht von
100.- RM und mehr.
20.-50 RM erforderl.
Schriftl. Angebote unter
N 100 an die Geschäftsst.

Spielfarten
empfiehlt H. Steinbeiß.

Ich trage der heutigen Zeit vollauf Rechnung!

Einige Beispiele sollen Sie davon überzeugen!

Zuthandren-Waschkstoffe	von 0.75	Sportkleider, weiß Panama	4.75, 3.50
Waschseiden	von 0.85	Badisch-Mäntel	35.00, 28.00, 25.00, 21.00
Baumwoll-Muslin	0.85, 0.60	Pullover ohne Arm	2.25
Woll-Boile, bunt 100 cm	2.25	Pullover mit Arm	3.00
Woll-Muslin, moderne Muster	2.00, 1.75, 1.50	Kost dazu passend	3.00
Washsamt, gemustert, gute Qualität	2.25	Herren-Stoff-Anzüge	35.00, 28.00, 25.00, 21.00
Künstler-Gardinen, 3 teilig	3.25, 2.75, 2.50	1 Posten Frauen-Kesself- hemden 105 cm	1.75
Damen- und Badisch-Kleider	3.50, 2.50, 1.75	Kinder-Spielanzüge	2.00, 1.65, 1.40, 1.00
Einleum-Teppiche 200x250 cm	28.50		

Beachten Sie meine Schaufenster!

Carl Quehl.

Pfingst-Karten

in reicher Auswahl bei Herm. Steinbeiß, Papierhandl.

Pfingstangebot!



Unschlagbar sind unsere Preise
Zabelhaft unsere Auswahl!

Eleg. Damen-Mäntel
mit und ohne Pelzlinie, nur
auf Seide gearbeitet

Eleg. Damen-Kleider
entzück. Modelle in Crepe
debrüne, Satoline, Kunst-
seide und Wolleulstine

Herren-Anzüge
in modern. Verarbeitung,
11- und dreizehne Formen

Knaben-Anzüge
Herren-Gummi-Mäntel
und Bindfäden

Damen-Kleiderstoffe
in großer Auswahl



Ernst Peschke Ackerstr. 16

**Königs
Kursbuch**
für Mitteldeutschland
zu haben bei
Herm. Steinbeiß,
Buchhandlung.

Einloch-Apparate
Einlochgläser
Jenaer Kinderflaschen
Bade-Thermometer
Sitz- und Liegebade-
Wannen
empfecht

J. G. Fritzsche.
Rippentabak
1/2 Pfd. 50 Pfg.,
Rippen mit Blatt
1/2 Pfd. 75 Pfg.,
Shag-Tabak
von 30 Pfg. an
Shag-Pfeifen
von 50 Pfg. an, empfiehlt
Louis Hofmann
Frachtbrief
empfiehlt die Buchdruckerei

Lichtspielhaus

Neue Welt
Freitag bis einschließl. 1. Pfingstfeiertag 8 1/2 Uhr:
Anier Festprogramm - Ein Segewaldprogramm

Werner Pittschau - Vivian Gibson in
Das Geheimnis der
Billa Sachsenburg.

7 Akte nach der Novelle „Die weiße Sonnh“
von Eduard von Hahn.
Ein Drama der Leidenschaft. - Die sich bis
zum furiosen steigende dramatische Handlung, die
an der schönen blauen Donau beginnt und in
den Pfingstereisen der wüthenden Leidenschaft in
Verzweiflung endet, hinterläßt durch seine feinsten
Ereignisse und glänzende Ausstattung Bilder von
bleibendem Eindruck.

Neu! **Ferner: Sensationell!**
Fred Humes (der beste Cowboy-
Darsteller) in
Cowboy-Derby!

5 Akte feierlicher und spannender Ereignisse, die mit
einem grandiosen Heldenentree ihren Höhepunkt
und Ende finden.
Verstärktes Orchester! **Verstärktes Orchester!**

Sonntag nachm. 3 Uhr:
Kindervorstellung (Eintritt 20 Pf.)

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

Theaterabend

des Theater-Dilettantenklub „Thalia“
am 1. Pfingstfeiertag im goldenen Ring.
Zur Aufführung gelangt:

Gesprungene Saiten.

Schauspiel in 4 Aufzügen von Hans Beckenbach.
Eintrittspreise: Nummerierter Platz 1,00 RM.
Unnummerierter Platz 0,70 RM.
Vorverkauf im Theaterlokal „Goldener Ring“.
Kasseneröffnung 19 Uhr. Anfang 20 1/2 Uhr.
Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein
der Vorstand.

Balast Theater

Nur Freitag und Sonnab. 8.15 Uhr:
Hans Mierendorf, Jack Malong-Mini, Theo-
dor Loos, Hilde Maroff, Hermann Bida,
Carl Platen, Karl Harbinger, ein glänzendes
Ensemble gen. gelehrten deutscher Darsteller in:

Notschrei hinter Gittern

(Das Kind der Verhehmten).
Das erschütternde Drama einer Unschuldigen. Ist
die Justiz unschuldig? Ein ergreifendes Schicksal
vor der Schranke des Schmutzgerichtes. Wie oft
hängt ein Menschenleben von einem Zeugene ab.
Und da, wo alle Beweise des Mordes vorliegen,
leidet ein Unschuldiger - durch einen Irrtum.
Nicht die Rechtsform, sondern das Erkennen von
Schuld oder Unschuld ist der Irrtum. Ein Kriminal-
fall von spannendem Geschehen, ein Film von ergreifender
Wahrhaftigkeit in 6 Akten. - Ferner:

Monty Banks, das dreiste, dröllige, dickliche
Kerlchen mit dem Wächchen in:

„Donnerwetter - Monty Bank!“

Die habneblüchene Geschichte eines Erdenjobnes, mit
dem das Schicksal Schlitten fuhr. Gerade jetzt ist
Lachen doppelt notwendig. Heitere Laune bringt
dieser neue Lustschlager in 5 Akten aus Montys
garantiert „trockener“ Heimat.
Ein glänzendes Doppelprogramm, das nicht
zu überbieten ist. - Beziehen Sie uns!

Achtung! Achtung!

Bethau

Am 2. Pfingstfeiertag, von 2 Uhr ab
Preischießen u. Preistegeln

verbunden mit
**Garten-Konzert und an-
schließend Ball.**

Hierzu ladet freundlichst ein
der **Wirt Rudolf Freitag.**

Handwagen

in laubere, dauerhafter Ausführung in allen Größen.
Erfagteile und Räder stets vorräthig.
Solide Preise!
Zentrifugen :-: Butter-Maschinen
Fahrräder, Motorräder, Erfagteile.
Reparaturen aller Art.
Wilhelm Grahl.

Empfehle in bekannt gut. Qualitäten:

Abgepaßte Künftlergardinen

Stückware
Fensterpitze, Kollostoff in
crem und weiß, Stamme glatt
und mit Bolant, Chaiselon-
Tisch- und Sofadecken, Kaffee-
decken, Tisch- u. Tafeltücher,
Wachstuche und -Decken,
Käuserstoffe u. Bettvorleger

Seb. Schimmeyer

Achtung! Achtung!

Billige Schuhstage
vor Pfingsten!

bis Sonnabend, d. 7. Juni.
Um Leben den Einkauf von Stiefeln und
Schuhen zum Pfingstfest zu ermöglichen, gebe
auf alle Schuhwaren einen

Rabatt von 10 Proz.

(Rabattmarken extra).
Reis- und Einzelpaare weit unter Einkaufs-
preis. - Habe große Lager in Barch, schwarz-
und farbigen Schuhwaren für Herren, Damen
und Kinder. Reiche Auswahl in Verfas- u.
Sportstiefel, Sandalen, Turnschuhen und
Hauschuhen.
Verlaumen Sie daher nicht die außerordentlich
günstige Gelegenheit, sich mit billigen und nur
erklärlichen Schuhwaren zu versehen.

Schuhhaus Max Freidant
Zorgauer Straße 34.

Fahrräder!

Brühlde	65.-	Klawito	95.-
do.	75.-	Eifa	105.-
Klingfor	85.-	Ballonrad	125.-

(mit Freilaufnabe)
Motorräder: NSU • DRW • Elfa

Viktoria-Nähmaschinen

Miele-Zentrifugen
Wäschmangeln mit Kraft-
betrieb
Wäschmaschinen
Autoreparaturen u. Lohnfuhren
Fritz Rödler, Tennstr. 253.

Die Zukunft der Provinz Sachsen.

Einführung des neuen Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten.

Im Gebäude des Oberpräsidiums in Magdeburg fand die feierliche Amtseinführung des neuen Oberpräsidenten der Provinz Sachsen Dr. Fald und des neuen Magdeburger Regierungspräsidenten Weber statt.

Zur Einführung des neuen Regierungspräsidenten Weber erklärte der Minister, daß ihm ja die Schöpfung des Regierungsbezirks wohl bekannt sei.

Dem Minister antwortete der neue Oberpräsident Dr. Fald, der auf die schweren Gefahren hinwies, die sich für den mittleren Norden aus dem daraus ergebend, daß jetzt nach Annahme des Douglanplans die Lasten des verlorenen Krieges sich besonders deutlich bemerkbar machen und zu immer weiter steigender Arbeitslosigkeit führen.

Am das anhaltische Berufsschulgesetz.

Der anhaltische Berufsschulverein, in dem außer den Berufsschullehrern auch die Gemeinden, Kammern und alle Irgendwie an der Berufsschule beteiligten Körperschaften zusammengefaßt sind, hielt seine diesjährige Tagung in Herbst ab.

Waffengrauel und Wirtschaftsfriede.

Derenburg über die Lage Deutschlands. Auf dem vom Weltverband der Völkervereinigung veranstalteten Wirtschaftskongreß in Genf sprach Dr. Derenburg über die wirtschaftliche Lage Deutschlands.

Die deutsche Regierung habe pünktlich die bestehenden Handelsverträge respektiert, obwohl ihr für ihre Wirtschaftspolitik durch diese Verträge schwere Fesseln auferlegt seien.

Die „Deutsche Letzte Zeitung“ (1930 Nummer 207) schreibt:

... 1 Liter Milchkatzeiner * ist ebenso nahrhaft wie ein halbes Pfund Rindfleisch, aber — viel leichter verdaulich!

* Rezept: zur Hälfte doppelfarbtiger Katzeiner, zur Hälfte Milch!

Begünstigend auf das Memorandum Briand's, bezeichnete Dr. Derenburg die Beteiligung der Schweiz an internationalen Wirtschaftsverträgen als ein wichtiges Mittel zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens.

Tagung der deutschen Landgemeinden.

In Unterdeutschland bei Werburg trat der Hauptvorstand des Deutschen Landgemeindetages zu einer aus allen Ländern Deutschlands besetzten Tagung zusammen. Das Hauptreferat über die finanzielle Not der Landgemeinden hielt der Präsident des deutschen Landgemeindetages Dr. Gerete-Pressel.

Nachbarliche Auseinandersetzung.

Neuer polnischer Grenzzwischenfall. Nach einem Bericht aus Warschau wurde eine polnische Grenzwaage bei der Ortsgemeinde Olszanta an der polnisch-litauischen Grenze von litauischer Seite angegriffen.

UNSICHTBARE FESSELN

Roman von Jos. Schade-Hädicke.

51. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Jörgend begann sie zu schreiben, dann slog die Feder schneller und immer schneller über das Papier — Geliebter!

Sa, so darf ich dich nennen, trotz allem. — Sa habe nicht die Unmahrheit gesprochen, als ich im letzten Winter aus freiem Antriebe zu Dir sagte: „Sa liebe Dich!“ — Sa, ich liebe Dich und das Kind. Alles, was gut und rein in meinem Herzen ist, zieht mich zu Euch beiden, und trotzdem muß ich von Euch gehen.

In den langen, stillen Nächten, die ich an Hänschens Krankenlager verbracht, bin ich mit mir klar geworden über mich selbst und zu einem festen Entschlusse gekommen.

Verzeihe mir den Schmerz, den ich Dir bereiten muß, doch wenn Du zu Ende gehst, wirst Du begreifen, daß ich nicht anders handeln konnte.

Sa mußte mich zurückgreifen in meiner Weisheit.

Daß ich in Glanz und Lebenslust in meinem Elternhause erzogen wurde, ist Dir bekannt, ebenso, daß bei dem Tode meines Vaters sich die Verhältnisse wesentlich änderten.

Ich verbrachte Jahre stiller Zurückgezogenheit mit meiner Mutter in einem kleinen bauerlichen Gehöftsdorfchen. Da mußte ich, daß dieses einfache, ruhige Leben meinen Bedürfnissen entsprach und ich mich zeitweilen dabei glücklich und zufriedener fühlen würde.

So kam ich in Werners Haus. Den Ueberfluß an Luxus, der dort herrschte, empfand ich als etwas Selbstherrlichkeits, mich zu zügelndes, dessen ich mich nur vorübergehend selbst entäußert hatte.

Du mir selbst darüber klar zu werden, war ich vom ersten Tage an schon dem Einflusse Werners verfallen. Sein

rüchichtsloser Egoismus trieb mich ab und zog mich an zu gleicher Zeit. Sein elerner Wille löste mir Bewunderung ein und sein weiches, Hangvolles Organ gewann eine unerschütterliche Macht über mich, es ließ sich in mein Ohr, lächelte meinen Willen, und ich mußte denken, wie er wollte; ich mußte lachen und weinen nach seinem Willen.

Als ich das erstmal die drohende Gefahr erkannte, wollte ich fliehen. Da war Uffe, die mich zurückhielt, die sich mit aller Kraft an mich klammerte und behauptete, das Leben nicht ertragen zu können ohne mich.

Dann kam es, wie es kommen mußte. — Zwischen Werner und mir begann ein erbitterter Kampf; und als ich selbst fühlte, daß ich unterliegen würde, wollte ich meinen Leben ein Ende machen. Doch da kamst Du! Sa ergriff Deine rettende Hand, weil ich hoffte, daß diese Schranke genügen würde, Werners Einfluß auf mich zu zerstören. Dem war aber nicht so!

In dem langen, stillen Winter, den wir hier verbrachten, habe ich Dich lieben gelernt. Wie hätte es auch anders sein können? Ich fühlte mich glücklich und zufrieden: nur selten sträubte sich das heiße Blut gegen die aufgedrungene Ruhe. Doch als Werner zurückkehrte und wieder seine Hände hegehrlich nach mir ausstreckte, da wußte ich, daß meine Wille vergebens gewesen.

Sa habe schwer gekämpft und gestritten der Sommer über. Wehr als Wehr habe ich im Bestreife zu Dir zu flüchten, Deinen Schatz und Deine Liebe zu erlösen. Doch wozu? Vor ihm hätte ich mich vielleicht schützen können, jedoch nicht — vor mir selbst!

Zumellen erkorste mich ein heftiger Zorn gegen Dich, weil Du so ruhig und vertrauensvoll mit Deinem immer gütigen, nachsichtigen Lächeln neben mir hergingst. Ich hätte Dich aufrütteln und Dir zurufen mögen: „Siehst Du denn nicht, wie ich leide, welche Qualen ich durchlämpfe?“ Gib mir Ruhe und Frieden, daß ich mir genügen lassen kann an dem beschönigten, stillen Glück, das ich beiste. Stille die unvermeidliche Schicksal, das heiße, brennende Glück verlangen, alle die ungeliebten Leidensgenossen, die in mir toben und mich in seine Arme treiben müssen, rühret oder löstet!“ — Vereine mich. Seit habe ich begreifen gelernt,

daß Dein einfacher, schlichter Sinn kein Verständnis haben konnte für den Zwiepsalt, der meine Seele zerriß.

In demselben Abend, wo Hänschen erkrankte, war ich nur in Dein Haus gekommen, weil ich für immer zu verfallen.

Unter an See hatte ich Werner getroffen. Nicht mit meinem Willen, denn ich war ihm wochenlang ausgewichen, in der fahigen Erkenntnis, daß es mit meiner Kraft zu Ende sei, sobald ich ihm wieder gegenüberstand; und ich hatte mich nicht getraut. Ich mußte mich meinem Willen fügen, der härter war als der meineige. Sa mußte ich mich versprechen, mich von Dir zu trennen.

Gott selbst löste es zu sein, der sich meinem Vorhaben hindernd in den Weg stellte. Als ich von der Ertragung des Kindes hörte kam ich wieder zu mir selbst; ich erkannte das Verwerfliche meiner Ablicht und ich wußte plötzlich, wo mein Platz war, wo ich hingehörte — zu Dir, an das Schmerzenslager des Kindes, das ich liebe.

In den langen, stillen Stunden der Nächte, die ich am Bette des Kindes durchwachte, habe ich Ordnung geschaffen in mir selbst. Ich bin zu der Erkenntnis gekommen, daß es fern von Euch kein Glück für mich geben kann und daß ich auf sein Recht habe, die Sünde über Dein Haus zu bringen und Dir so alle Deine Güte, Deine vertrauende Liebe zu lohnen. Und doch weiß ich, daß unsehbar der Tag kommen würde, wo ich den Einküßlerungen Werners Schörschenten müßte, wo ich tun müßte, was er wollte, ihm folgen, wozu er es verlangte.

Schon heute hat er seine Rechte auf mich geltend gemacht. Er hat mir geschrieben und verlangt, daß ich ihn morgen am Waldsee treffen soll. Er schreibt: „Sa werde dort, daß Du kommen wirst!“ Er hat recht! Sa werde dort, sein; er soll mich finden, aber anders, als er denkt! — Erdbrü nicht, Geliebter, der Tod wird mir leicht sein; ich werde an Dich denken und an das Kind.

Warten auf dem kleinen Friedhofe laß mich begraben, so daß Du von Demen Fremder aus mein Grab sehen kannst. Dann gehöre ich wieder ganz zu Euch und keine fremde Macht kann sich zwischen uns stellen.

Lebe wohl und gönne mir den Frieden, den ich auf Erden nicht finden konnte! Deine unglückliche Maria.

(Fortsetzung folgt.)

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachm. 8 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Torgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Ämtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einseitig, Umzugssteuer, Schmiergeld und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburggebäude.

Nr. 67.

Donnerstag, den 5. Juni 1930.

33. Jahrg.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Reichspräsident von Hindenburg hat Berlin verlassen und einen kurzen Rundgang angetreten.
* Zwischen Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen werden Verhandlungen geführt zwecks Entlung der Preise und der Löhne. Die Verhandlungen sollen einen günstigen Verlauf nehmen und kurz nach Pfingsten abgeschlossen werden.
* Der englische Luftfahrtminister hielt im Oberhaus eine Rede, in der er dem Graf Zeppelin und seinem Führer Dr. Goerner hohes Lob spendete.
* Der italienische Außenminister erklärte, daß Italien bereit sei, seine Notverordnungen einzuschränken, wenn Frankreich das gleiche täte.

Wichtige Finanzberatungen des Reichskabinetts.

Ausgabenentlastungsgesetz und Notopfer.
Mit großem Interesse sieht man in politischen Kreisen dem Ergebnis der Kabinettsberatungen entgegen, die sich mit der Sanierung des Reichshaushalts beschäftigen. Den Vorgesprächen der Reichsregierung liegen Vorschläge des Reichsarbeitsministers Dr. Stegerwald sowie des Reichsfinanzministers Grafen Dr. Helldorf zugrunde. Dr. Stegerwald hat in Gemeinschaft mit dem Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung einen Plan ausgearbeitet, durch den der Bedarf für die Arbeitslosenversicherung durch Verwaltungsmaßnahmen, Einsparung und Kürzung einzelner Leistungen um 240 Millionen Mark gesenkt werden soll, während 120 Millionen Mark durch Beitragsentlastung in die Kassen der Arbeitslosenversicherung fließen sollen. Die Bilanz des Reichsfinanzministeriums und der Öffentlichkeit noch nicht veröffentlicht bekannt. Sie sollen im wesentlichen darauf hingingen, durch das sogenannte Ausgabenentlastungsgesetz dem Reich Erparnisse zu bringen, andererseits durch neue Steuern, vor allem durch ein „Notopfer“ für die Preisbesotenden den Reichskassen neue Einnahmen zuzuführen.
Auf telegraphischen Einberufung sind das Reichsministerium und der Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie und der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände in Berlin zu einer gemeinsamen Sitzung zusammengetreten, in der zu dem Thema „Reichshaushalt und Arbeitslosenversicherung“ Stellung genommen werden soll.

Der Kampf gegen die Krise.

Zusammenarbeit zwischen Industrie und Gewerkschaften.
Die Reichsregierung wird ihre finanzpolitischen Beratungen am Donnerstag fortsetzen, nachdem sie sich bisher mit der Revision der Arbeitslosenversicherung, die sie ihr vom Reichsarbeitsminister vorgeschlagen worden ist, einverstanden erklärt hat. Auch über die Deckungsvorschläge zum Reichshaushalt ist man sich innerhalb des Kabinetts einig geworden. Wie diese Deckungsvorschläge aussehen sollen, darüber billigt sich die Regierung vorläufig noch in Stillschweigen.
Die größte Beachtung haben neben diesen Beratungen der Reichsregierung die Vorgesprächen gefunden, die führende Wirtschaftsverbände zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise in den letzten Tagen geführt haben. Man erklärt dabei, daß an der Konferenz des Reichsverbandes der deutschen Industrie und der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände in Berlin auch Führer der Gewerkschaften teilgenommen haben. Im Mittelpunkt der Erörterungen der industriellen Verbände soll der Versuch stehen, zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einer Verständigung über Maßnahmen zur Überwindung der Wirtschaftskrise zu kommen. Es ist hierbei an einen Kassen- und Preisabau gedacht, wobei allerdings den Arbeitnehmern die Arbeitslosenversicherung wie der Reallohn gesichert werden soll. Die Verhandlungen zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind noch nicht zum endgültigen Abschluß gekommen und sollen kurz nach Pfingsten weitergeführt werden. Die Vorbereitungen für diese Gemeinheitsarbeit der Wirtschaftskrise wurden auf Arbeitgebersseite von dem ehemaligen Reichswirtschaftsminister von Hammer, auf der Seite der Arbeitnehmer von dem Gewerkschaftsführer Grafmann, Eggert, Ode und Lemmer geführt. Die Vorgesprächen sollen übrigens einen günstigen Verlauf nehmen und, wenn nicht unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten, dürfte in den nächsten Tagen ein Abschluß erfolgen.

Auch Reichspräsident von Hindenburg ist über den Verlauf der Verhandlungen unterrichtet worden und nahm mit großer Vergnügung und Zustimmung Kenntnis von ihnen. Er versprach, sie nach Kräften zu fördern. In Berliner politischen Kreisen war im übrigen die Nachricht verbreitet, daß der Reichspräsident nach vorheriger Stellungnahme mit dem Reichsfinanzminister Dr. Helldorf und dem Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald einen Brief zugunsten einer gleichzeitigen Lohn- und Preisentlastung, eines Notopfers und anderer Maßnahmen zur Befreiung der Finanznot an den Reichsfinanzminister richten würde. Der Gehalt dieses Briefes war von führenden politischen Kreisen dem Reichspräsidenten nahegelegt worden. Bislang ist allerdings ein solcher Schritt Hindenburgs unterblieben, da die ganze Angelegenheit scheinbar noch nicht spruchreif ist und man wünscht, daß der Reichspräsident nicht zu früh in den politischen Kampf eingreift.

Wie das Reich sparen will.

Aber das Ausgabenentlastungsgesetz glaubt die Kabinettsregierung nähere Mitteilungen bringen zu können. Danach sei darunter ein Mani-festgesetz zu verstehen, das eine Reihe von Einzelgesetzen umschließt. Zunächst wird dort ein Gesetz zur Sicherung des Ganztags des Reiches, der Länder und der Gemeinden genannt, worin festgelegt werden soll, daß einrichtlich die Ausgaben ebenfalls gesenkt werden sollen. Ein weiteres Gesetz soll die Schulden bis 1935 senken werden.
Auf dem Gebiet der Reichsbehörden des Reichs, das zentrale für den 1. September 1930, dem sollen die Ausgaben für den Reichshaushalt im nächsten Jahr um 100 Millionen Mark gesenkt werden. Ein weiteres Gesetz soll die Ausgaben für den Reichshaushalt im nächsten Jahr um 100 Millionen Mark gesenkt werden. Ein weiteres Gesetz soll die Ausgaben für den Reichshaushalt im nächsten Jahr um 100 Millionen Mark gesenkt werden.
Nach der Ansicht der Reichsregierung sind die Ausgaben für den Reichshaushalt im nächsten Jahr um 100 Millionen Mark gesenkt werden. Ein weiteres Gesetz soll die Ausgaben für den Reichshaushalt im nächsten Jahr um 100 Millionen Mark gesenkt werden.

Nachfassung der Reichsregierung.

Beschlüsse über die Arbeitslosenversicherung.
Nach amtlicher Mitteilung beschloß sich das Reichskabinetts in seiner Nachfassung unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers zunächst sehr eingehend mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenversicherung.
Arbeitsgeber- und Arbeitnehmerverhandlungen.
Die vor der Kabinettsfassung begonnenen Verhandlungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie über Erhöhung der Arbeitslosenbeiträge, Senkung der Gehälter und Löhne und der Preisabau und die parallelen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen wurden nicht zu Ende geführt.

Die Ansprüche der Versorgungsberechtigten

Direktorenkonferenz der Hauptversorgungskämter.
Im Reichsarbeitsministerium fand eine Zusammenkunft der Direktoren der Hauptversorgungskämter statt. Minister Dr. Stegerwald führte aus, daß die Zusammenkunft die Ergebnisse mit den geplanten Änderungen des Versorgungsrechts vertraut machen solle. Dabei handelte es sich nicht um eine Vorbereitung, sondern um eine Berichtigung der Ansprüche der Versorgungsberechtigten. Angesichts der beengten Lage der Reichskassen sei es nicht möglich, alle Wünsche der Versorgungsberechtigten zu erfüllen. Die Berichte über die Aufgaben der Reichsversorgungsverwaltung und ihre Einwirkung in eine andere Organisation seien den Zeitungen vorzutragen. Auch wurde darauf hingewiesen, daß die Verwaltungskosten der Versorgungsbehörden im Vergleich zu anderen Behörden gering seien.

Reichswehrminister und Sozialdemokratie

Der Minister will dem Abgeordneten nicht antworten.
Dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Künzler ging folgendes Schreiben des Reichswehrministeriums zu:
„Anliegend wird Ihnen ein Schreiben zurückgesandt, welches Sie dem Generalmajor von Scheidter zur Überprüfung ausgereicht hatten.
Die Erregung des Herrn Reichswehrministers wird Ihnen auf irgenwelche mündlichen oder schriftlichen Anfragen keine Antwort erteilt werden.
Selbstverständlich wird trotzdem die sachliche Bearbeitung der Angelegenheit sofort in Angriff genommen.“
Dieser Brief wird von dem Vorwärts wie folgt kommentiert:
Die Erregung des Ministers ist darauf zurückzuführen, daß Künzler jüngst in einer Reichstagsrede an den Beziehungen der Reichswehr zur sozialistischen Arbeiterarmee Kritik geübt hat. Die Einsetzung der Abgeordneten in solche, denen man antwortet und andere, denen man nicht antwortet, ist eine Unverhältnismäßigkeit, die gegen den Geist der Verfassung verstößt und gegen die sich zu wehren der Reichstag alle Berechnung hat.“

Deutschland und die Komintern.

Kein Ergebnis der deutschen Verhandlung.
Wie aus Moskau gemeldet wird, hatte der stellvertretende Außenminister Litwinow wiederum eine längere Unterredung mit dem deutschen Botschafter von Zieritz, in deren Mittelpunkt die Frage der Einmischung der Komintern in innerdeutsche Verhältnisse stand. Wie aus unterrichteter Quelle verstanden, sind die deutschen Vorstellungen, die bereits gelegentlich der Berliner Besprechungen mit dem russischen Botschafter Reffertski gleichzeitig mit zahlreichen anderen Fragen erhoben worden sind und die u. a. auch mit dem Verbot des Roten Frontkämpferbundes und mit der Tätigkeit der Internationalen Arbeiterhilfe zusammenhängen, von russischer Seite nicht als einseitig zu betrachten. Litwinow ist der Ansicht, daß die russischen amtlichen Stellen mit der kommunistischen Werbung in Deutschland und mit der Tätigkeit der R. F. D. nicht das geringste zu tun haben.

Mandatskommission des Völkerbundes.

Eröffnung der außerordentlichen Tagung.
Zu nächst eingehende Palästinaberatung.
Die Mandatskommission des Völkerbundes ist in Genf zusammengetreten. Als Vertreter Deutschlands nimmt zum ersten Mal Ministerialdirektor Dr. Stupp teil. Zunächst findet eine außerordentliche Tagung statt, die ausschließlich den Urteilen in Palästina im Jahre 1929 gewidmet ist. Für die außerordentliche Tagung sind acht Tage vorgesehen, was darauf schließen läßt, daß man die palästinaischen Fragen eingehend erörtern will. In der sich anschließenden ordentlichen Tagung wird der Mandatsanspruch eine Prüfung der von den Mandatsländern vorgelegten Jahresberichte vorgenommen. Im übrigen wird sich der Mandatsanspruch mit einer Reihe von Einzelfragen beschäftigen.

Rußland wird energisch.

Eine neue Note an Polen.
Der Sowjetgesandte in Warschau, Dworzetski, übergab dem Unterstaatssekretär im polnischen Außenministerium Hlodziak eine Note in der Angelegenheit des am 26. April d. J. entdeckten Versuches eines Anschlag auf den polnischen Botschafter in Moskau. Die Note wird das Bedauern darüber ausgedrückt, daß die Angelegenheit von den polnischen Sicherheitsorganen noch nicht aufgeklärt worden sei, wodurch die polnisch-sowjetischen Beziehungen ungünstig beeinflusst würden. Die Sowjetregierung fordert deshalb die polnische Regierung auf entsprechende Schritte zu unternehmen, um die Schuldigen ausfindig zu machen.